

**ANFRAGE** von Mario Senn (FDP, Adliswil), Doris Meier (FDP, Bassersdorf) und André Müller-Wegner (FDP, Uitikon)

Betreffend Newsletter der Fachstelle Gleichstellung

---

Der am 5. Juni 2023 versandte Newsletter der Fachstelle Gleichstellung des Kantons Zürich will die Leserinnen und Leser «mit den neusten Informationen und Entwicklungen sowie zu kommenden Veranstaltungen rund um das Thema Gleichstellung im Kanton Zürich» informieren. Die Lektüre weist dann aber für eine staatliche Verwaltungseinheit Überraschendes auf:

«Gerne» werden im Newsletter die Leserinnen und Leser auf den Aktionstag «Feministischer Streik» vom 14. Juni 2023 hingewiesen. Im Newsletter wird direkt auf die Webseite der Veranstalter verlinkt. Der Begleittext beschränkt sich auf Lohnunterschiede und führt aus, dass das Einkommen der Frauen im Schnitt 43.2% unter demjenigen der Männer liege. Gleich als erster Grund dafür wird festgehalten, dass «diskriminierende Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts weiterhin vorhanden sind». Erst am Ende der Argumentationskette wird erwähnt, dass die Lohnunterschiede mit der weit verbreiteten Teilzeitarbeit zusammenhängen könnten. Dies jedoch, «weil Frauen vor allem den grössten Teil der unbezahlten Arbeit übernehmen und deshalb auch weniger bezahlte Arbeit leisten können». Dass sich der grösste Teil der Lohnunterschiede mit objektiven Merkmalen (Alter, Ausbildung, Branche usw.) erklären lässt, wird unterschlagen. Genau wie die Tatsache, dass die Annahme, beim verbleibenden Unterschied handle es sich um Diskriminierung, nicht haltbar ist (vgl. z.B. «Zürcher Wirtschaftsmonitoring», Ausgabe vom Dezember 2022, S. 14).

Ein weiterer Beitrag widmet sich der kontrovers diskutierten Studie «Wollen Frauen keine (wissenschaftliche) Karriere?». Die Fachstelle Gleichstellung findet dafür klare Worte und hält fest, «nein, die meisten Studentinnen wollen nicht lieber einen erfolgreichen Mann». Der Newsletter hält sodann eine eigene Interpretation der Ereignisse in Stäfa (Absage des Gendertages) bereit.

Alles in allem bleibt der Eindruck, dass der Newsletter der Fachstelle Gleichstellung genauso gut von einer Gewerkschaft, einer linken Partei oder einer feministischen Organisation stammen könnte. Bezüglich Kommunikation unterscheidet sich die Fachstelle Gleichstellung deutlich von anderen Verwaltungseinheiten, die sich bei ihrer Kommunikationstätigkeit spürbar um politische Neutralität bemühen.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern erachtet es der Regierungsrat als Aufgabe einer kantonalen Verwaltungseinheit, auf politische Grossanlässe und Demonstrationen hinzuweisen und, zumindest indirekt, zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen aufzurufen?
2. Welches sind für den Regierungsrat die wichtigsten Gründe für Lohnunterschiede auf dem Zürcher Arbeitsmarkt? Teilt er die Ansicht der Fachstelle Gleichstellung, wonach es sich dabei an erster Stelle um Diskriminierung handelt?
3. Inwiefern gehört es zu den Aufgaben der Fachstelle Gleichstellung, wissenschaftliche Studien zu interpretieren und eine eigene Haltung dazu zu veröffentlichen?

4. Gemäss Leitlinien zur Kommunikation vom 27. September 2019 informiert der Regierungsrat «aktiv, sachlich, verständlich und transparent». Gelten diese Grundsätze auch für Verwaltungseinheiten? Wenn ja: Erfüllt der Newsletter der Fachstelle Gleichstellung dieses Sachlichkeitsgebot?
5. Aufgrund welcher Überlegungen geht der Regierungsrat davon aus, dass sich mit tendenziösen Newsletter-Beiträgen und fraglichen politischen Kommentaren der Fachstelle Gleichstellung eine positive Auswirkung auf das wichtige Anliegen der Gleichstellung erreichen lässt? Wie trägt eine solche Kommunikation dazu bei, die Aufgaben A2 und A3 gemäss KEF (Leistungsgruppe 2233) wirksam und glaubwürdig zu erfüllen?
6. Wurden die Newsletter der Fachstelle Gleichstellung jemals in der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann diskutiert? Falls nein: Ist dies geplant?
7. Wie wird der Regierungsrat sicherstellen, dass die Fachstelle Gleichstellung die für eine Verwaltungseinheit notwendige politische Sensibilität bei ihrer Kommunikationstätigkeit aufweist?

Mario Senn  
Doris Meier  
André Müller-Wegner